

Interpellation Nr. 7 (Februar 2015)

betreffend Auswirkungen der Annahme der CVP-Familieninitiative auf den Kanton Basel-Stadt

15.5039.01

Am 8. März stimmt das Schweizer Volk über die CVP-Initiative "Familien stärken – steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen" ab. Die Initiative will Kinder- und Ausbildungszulagen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene von den Steuern befreien.

Gemäss Informationen des Bundesrates würde ein Ja zur CVP-Initiative bei Bund und Kantonen zu Steuerausfällen von rund einer Milliarde führen.

Selbstverständlich wäre davon auch der Kanton Basel-Stadt betroffen. Vor dem Hintergrund der schlechten Kantonsfinanzen sind die Konsequenzen weiterer Sparmassnahmen unabwendbar. Und in Anbetracht des engen finanzpolitischen Spielraums ist vorstellbar, dass wohl ausgerechnet auch Familien darunter zu leiden haben. Mit anderen Worten: Die finanziellen Auswirkungen bei Annahme dieser Initiative können sehr schmerzhaft sein.

Daher bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch wären die Steuerausfälle im Kanton Basel-Stadt bei Annahme dieser Initiative?
2. Welche weiteren Auswirkungen hätte die Annahme dieser Initiative für den Kanton Basel-Stadt?
3. Wie und wo könnte die Regierung die erwarteten Steuerausfälle kompensieren?
4. Kann die Regierung heute schon sagen, ob diese Kompensationen auch bei den Familienangeboten zu einem Leistungsabbau führen würden?
5. Wie steht der Regierungsrat zu dieser Initiative (ablehnend, befürwortend)?

Mustafa Atici